

## Antrag

### DA1 - NEU Kürzung in der Kinder- und Jugendhilfe: Nicht mit uns!

#### Antragssteller\*innen:

#### Antragstext

1 In den vergangenen Monaten wird zunehmend sichtbar, dass einzelne politische  
2 Entscheidungsträger\*innen Finanzierung und Strukturen der Demokratiebildung  
3 sowie der Kinder- und Jugendhilfe infrage stellen. Dies geschieht in einer  
4 Phase, in der demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliches Engagement  
5 ohnehin unter Druck stehen und soziale Ungleichheiten zunehmen. Besonders  
6 betroffen sind junge Menschen, die kein oder ein nur sehr eingeschränktes  
7 Mitspracherecht haben.

8 Zuletzt veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein internes  
9 Arbeitspapier<sup>1</sup>, in dem Vertretungen der Bundesregierung, einzelne Bundesländer  
10 und der kommunalen Spitzenverbände vorschlagen, drastische Kürzungen in  
11 Milliardenhöhe bei Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe vorzunehmen. Die  
12 Kinder- und Jugendhilfe ist eine Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand. Sie  
13 begleitet, schützt und unterstützt junge Menschen und ihre Familien unabhängig  
14 von Herkunft, Lebenssituation oder individuellen Herausforderungen. Sie schafft  
15 Räume für Beteiligung, ermöglicht Teilhabe und trägt wesentlich zum  
16 gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

17 Kürzungen im Sozialstaat schaden nicht nur den Betroffenen selbst, sondern auch  
18 unserer Demokratie. Sie führen zu einer stärkeren Stigmatisierung einzelner  
19 Gruppen, was zu einer zunehmenden Spaltung in der Gesellschaft beiträgt. Das  
20 Vertrauen in Entscheidungsträger\*innen und unser politisches System insgesamt  
21 nimmt ab, wenn die Kinder- und Jugendhilfe einer rein wirtschaftlichen Logik  
22 unterworfen wird und dabei nicht soziale Sicherheit und Menschenwürde im  
23 Mittelpunkt steht.

24 Als Jugend- und Diözesanverbände im BDKJ kritisieren wir die im Arbeitspapier  
25 formulierten Kürzungsvorschläge und appellieren an die Verantwortlichen, die  
26 Jugendhilfe an den Bedarfen junger Menschen auszurichten. Die bekannt gewordenen  
27 Vorschläge für massive Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe sind ein  
28 alarmierendes Signal – für junge Menschen, für ihre Rechte, für die Gegenwart  
29 und Zukunft unserer Gesellschaft.

30 Betroffen wären ausgerechnet junge Menschen, die ein Recht auf besonderen Schutz  
31 haben. Konkret geht es um mögliche Verstöße gegen die UN-  
32 Behindertenrechtskonvention und die UN-Kinderrechtskonvention. Das Arbeitspapier

33 enthält Kürzungen in Maßnahmen für junge Menschen mit körperlicher und geistiger  
34 Behinderung, für wohnungslose junge Menschen, für junge Geflüchtete und  
35 Alleinerziehende. Die Kürzungen verstärken zudem bereits bestehende  
36 geschlechterspezifische Ungleichheiten wie z.B. in der Sicherstellung von  
37 Betreuungszeiten.

38 Es geht um zentrale Leistungen, die Teilhabe sichern, Chancen eröffnen und  
39 soziale Ungleichheit abbauen sollen. Soziale Ungleichheit herrscht unter anderem  
40 da, wo weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, Kinder in unsicheren  
41 Familienverhältnissen aufwachsen und Diskriminierung geschieht. Schwierige  
42 Startbedingungen dürfen durch die Einschränkung von Unterstützungsmaßnahmen  
43 nicht verstärkt werden. **Die Kinder- und Jugendhilfe kann nur unter massiven  
44 Folgeschäden einen Teil zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Eine gut  
45 ausgestattete Jugendhilfe dagegen kann einen unschätzbaren Beitrag zum  
46 Aufwachsen junger Menschen und damit einen nicht in Zahlen bezifferbaren Beitrag  
47 für diese Gesellschaft leisten. Entscheidungen in solchen Bereichen wirken sich  
48 massiv auf Gegenwart und Zukunft aus und sollten in jedem Fall  
49 generationengerecht ausgestaltet sein.**

50  
51 Wir verkennen nicht die angespannte (kommunale) Haushaltslage der öffentlichen  
52 Hand. Gleichzeitig zeigt sich im Austausch mit Partner\*innen, wie  
53 Wohlfahrtsverbänden, sowie in unserer Arbeit als/mit jungen Menschen, dass die  
54 Bedarfe und Belastungen in den sozialen Systemen durch gesellschaftliche  
55 Veränderungen berechtigt gewachsen sind. Beides macht eine zukunftsfähige  
56 Daseinsvorsorge notwendig. Der Weg dorthin kann nur gemeinsam mit den  
57 Betroffenen und Trägern sinnvoll gestaltet werden.

58 Wir kritisieren besonders, wie diese Debatte geführt wird: ohne Transparenz,  
59 ohne die Einbeziehung der Fachpraxis und ohne die Stimmen junger Menschen  
60 selbst. Eine solche Politik an den Betroffenen vorbei schwächt Vertrauen in  
61 demokratische Prozesse. Sie reiht sich ein in eine Entwicklung, in der  
62 Beteiligung zunehmend unter Druck gerät und zentrale sozialpolitische  
63 Entscheidungen zunehmend entkoppelt von den Lebensrealitäten junger Menschen  
64 getroffen werden. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen braucht  
65 es eine Politik, die junge Menschen stärkt, ihre Rechte schützt und ihre  
66 Perspektiven ernst nimmt. Dazu gehört auch, sie konsequent an Entscheidungen zu  
67 beteiligen, die ihr Leben betreffen.

68  
69 Wir unterstützen grundsätzlich das Ziel, die Kinder- und Jugendhilfe inklusiver  
70 auszugestalten und die Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle  
71 jungen Menschen mit und ohne Behinderungen gesetzlich zu regeln. Dieses  
72 Reformvorhaben, das weit in die Vergangenheit zurückreicht, basiert auf dem  
73 Auftrag der Jugendhilfe, „zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen  
74 Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer  
75 selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit  
76 beizutragen“ (vgl. § 1 Absatz 1 SGB VIII). Daran müssen sich die Entwürfe hin zu

77 einer Gesetzgebung und die Gesetzgebung selbst messen lassen.

78 Das Arbeitspapier enthält zudem Vorschläge zur Umstrukturierung der Kinder- und  
79 Jugendhilfe, wie die Einschränkung des Subsidiaritätsprinzips nach §4 SGB VIII.  
80 Das Subsidiaritätsprinzip als Lehre aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus  
81 besagt, dass staatliche Angebote erst dann geschaffen werden sollen, wenn  
82 geeignete Angebote freier Träger nicht vorhanden sind. Ziel ist die Stärkung von  
83 Eigenverantwortung, staatliche Unabhängigkeit, Trägervielfalt und der  
84 Ausrichtung der Hilfe am Bedarf junger Menschen. Wird dieser Grundpfeiler  
85 unterlaufen – etwa wenn freie Träger nicht ausreichend einbezogen oder  
86 strukturell gestärkt werden – verschiebt sich das System hin zu stärkerer  
87 staatlicher Steuerung und weniger Trägervielfalt. Dies schwächt  
88 zivilgesellschaftliches Engagement, verringert demokratische Mitgestaltung und  
89 gefährdet die Vielfalt bedarfsgerechter Angebote für junge Menschen und  
90 Familien.

91 • Wir fordern daher von politischen Entscheidungsträger\*innen:

- 92 ◦ Verbindliche Beteiligung sicherstellen: Junge Menschen, ihre  
93 Interessenvertretungen und die Expert\*innen aus der Kinder- und  
94 Jugendhilfe müssen gehört und ernsthaft einbezogen werden.
- 95 ◦ Transparenz schaffen: Entscheidungen über die Zukunft junger  
96 Menschen dürfen nicht im Verborgenen getroffen werden.
- 97 ◦ Expertise einbeziehen: Die Debatte muss von den zuständigen  
98 Ministerien und Fachpolitiker\*innen gerahmt werden - geleitet von  
99 wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- 100 ◦ Stärkung statt Kürzung: Kinder- und Jugendhilfe ist eine Investition  
101 in Demokratie, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt – kein  
102 Einsparposten.
- 103 ◦ Klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip: Die Stärkung von  
104 Trägervielfalt ist eine historische Errungenschaft und damit  
105 Grundpfeiler unserer Demokratie.

106 Kinder- und Jugendhilfe in ihrer vielfältigen Form ist wichtig für eine plurale  
107 Demokratie. Unsere Solidarität gilt allen, die von vorgeschlagenen und  
108 tatsächlichen Kürzungen betroffen sind. Ein guter Sozialstaat fördert den  
109 Zusammenhalt in unserem Land - jede Investition in die Zukunft junger Menschen  
110 zahlt sich aus.

111  
112 1 Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband. 2026. „Drohender Kahlschlag im  
113 Sozialen" April 16. <https://www.der->

114 [paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/doc/paritaetischer\\_drohende](https://paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/paritaetischer_drohende)  
115 [r-kahlschlag-2026.pdf](#) .

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.